

Geschäftszahl:

BKA-141.020/0009-III/4/2019

21/6

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

16 Tage gegen Gewalt – Maßnahmen zur Gewaltprävention und zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt

In Österreich erleben Frauen und Mädchen täglich Gewalt. Am häufigsten erleben Frauen Gewalt in ihrer Familie. Forschungsergebnisse belegen, dass jede fünfte Frau bereits Gewalt in einer Beziehung erlebt hat.

Die *16 Tage gegen Gewalt an Frauen* sind eine weltweite Aktion, die das Ausmaß und die verschiedenen Ausprägungen von Gewalt gegen Frauen thematisiert. Zwischen dem 25. November – dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen – und dem 10. Dezember – dem internationalen Tag der Menschenrechte – soll mit fokussierten Initiativen Bewusstsein geschaffen werden, dass Gewalt gegen Frauen und Mädchen als massive Menschenrechtsverletzung nachhaltige Folgen für die Betroffenen selbst, aber auch für die gesamte Gesellschaft hat.

Die Kampagne „*Orange the World – 16 days of activism against gender-based violence*“ - wird von UN Women – der Organisation der Vereinten Nationen (VN) für die Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen – jährlich während der *16 Tage gegen Gewalt an Frauen* umgesetzt. Sie ist in die Kampagne des VN Generalsekretärs *UNiTE to End Violence against Women by 2030* eingebettet. Der Fokus liegt heuer auf dem Thema der Vergewaltigung als spezieller Form von Gewalt gegen Frauen, in Friedens- wie in Kriegszeiten. Als Zeichen der Solidarität mit Opfern von geschlechtsspezifischer Gewalt finden dabei weltweit Aktionen statt, um auf das Problem aufmerksam zu machen. Insbesondere erstrahlen dabei Gebäude in oranger Farbe als sichtbares Zeichen gegen Gewalt an Frauen. Die Bundesregierung unterstützt heuer diese Initiative mit der Beleuchtung des Bundeskanzleramtes.

Der regelmäßige Austausch mit ExpertInnen aus Organisationen im Bereich der

Gewaltprävention und des Opferschutzes ist wichtig, um den konkreten Bedarf zur besseren Unterstützung von gewaltbetroffenen Frauen und Mädchen zu erheben und daraus Maßnahmen abzuleiten.

Diese Bundesregierung hat zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt in den letzten Monaten unter anderem folgende Initiativen gesetzt:

- Mit Herbst 2019 konnte der flächendeckende Ausbau der Fachberatungsstellen bei sexueller Gewalt durch neue Angebote in vier Bundesländern sichergestellt werden. Im Burgenland, in Kärnten, Niederösterreich und Vorarlberg stehen diese Beratungsangebote nun ebenfalls zur Verfügung.
- Die Informationsoffensive über die Gefahren von K.O.-Mitteln wurde fortgesetzt und hat in den Sommermonaten knapp 100.000 Menschen rund um Musikfestivals erreicht.
- Durch Umschichtungen der Budgetmittel im Sinne der Stärkung der Gewaltprävention und des Opferschutzes wurden neue Maßnahmen finanziert; darunter Workshops zur Gewaltprävention in Schulen und zur Weiterbildung für LeiterInnen von Kindergärten sowie die Vorkehrungen zur Beteiligung Österreichs an der geplanten EU-weiten Studie zur Erhebung von geschlechtsspezifischer Gewalt (EU-Survey on Gender Based Violence).
- Ein Ausbildungslehrgang zu Sensibilisierung und Umgang mit (Verdachts-)Fällen häuslicher Gewalt, sexuellen Missbrauchs und anderen Härtefällen wurde im Rahmen der Besuchsbegleitung initiiert und wird im Jahr 2020 bereits das fünfte Mal angeboten.
- Die Workshops zur Gewaltprävention für MitarbeiterInnen in stationären Pflege- und Betreuungseinrichtungen wurden österreichweit fortgesetzt. Darüber hinaus wurden speziell auf Führungskräfte abgestimmte Workshops konzipiert und abgehalten. Im Zeitraum Jänner 2019 bis Oktober 2020 werden österreichweit 22 Workshops in Alten- und Pflegeheimen abgehalten.
- Unter dem Motto *Sicherheit im öffentlichen Raum – Wir haben etwas gegen Gewalt!* wurden bundesweit kostenlose Workshops und Vorträge der Polizei zur Prävention von sexuellen bzw. körperlichen Übergriffen im öffentlichen Raum angeboten und im Jahr 2019 (Stand September) rund 500 derartige Veranstaltungen durchgeführt.
- Der für Schulungszwecke konzipierte Film *Schrittweise. Wege aus der Gewalt, Folge 4. Unsichtbare Gewalt an älteren Frauen* zeigt anhand von fünf Beispielen auf, welche Auswirkungen sichtbare und versteckte Formen von Gewalt auf die Betroffenen haben.

Der Film wurde in einer Auflage von 1000 Stück vervielfältigt und Beratungsstellen, Frauenhäusern, mobilen Diensten und auch betroffenen Frauen kostenlos zur Verfügung gestellt.

- *PERSPEKTIVE:ARBEIT* ist ein spezifisches, wirkungsvolles Angebot zur Vermittlung von gewaltbetroffenen Frauen in den ersten Arbeitsmarkt und startete 2015 als erster Social Impact Bond in Oberösterreich als Pilotprojekt. Die bewährten Maßnahmen werden ab 2020 in den Regelbetrieb des AMS Oberösterreich übernommen. In der Steiermark ist die flächendeckende Ausrollung von *PERSPEKTIVE:ARBEIT* bereits in Vorbereitung.
- Um Online-Gewalt weiter einzudämmen und Betroffene zu unterstützen, wurde die Weiterfinanzierung der Beratungsstelle gegen Hass im Netz (*#GegenHassimNetz*) für 2020 sichergestellt. Seit ihrem Bestehen ab September 2017 wurden der Beratungsstelle insgesamt 3.193 Vorfälle von Hass im Netz gemeldet.
- Der im Rahmen der Initiative *Gewalt im Netz* im Jahr 2017 erstellte *Leitfaden zum Tatbestand der Verhetzung (§ 283 StGB)*, der den Strafverfolgungsbehörden als kompaktes und aktuelles Nachschlagewerk für den Umgang mit Hasspostings im Internet dienen soll, wurde umfassend überarbeitet und wird den AnwenderInnen aktualisiert und ergänzt zur Verfügung gestellt.
- Im Bereich der strafrechtlichen Verfolgung von Hasspostings wurde das vom *Verein Neustart* entwickelte Projekt *Dialog statt Hass* mit September 2019 in den Regelbetrieb übernommen. Dies ist ein Interventionsprogramm für „HassposterInnen“, das sich aus Bewährungshilfe und speziellen Modulen zusammensetzt. Ziel ist, die TäterInnen durch diversionelle Maßnahmen und Weisungen zur Reflexion über das eigene strafbare Verhalten zu bringen, um so zukünftige Delikte zu verhindern.
- Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt Österreich Frauen und Mädchen in verschiedenen afrikanischen Ländern, insbesondere in der Sahelzone und am Horn von Afrika durch Maßnahmen gegen weibliche Genitalverstümmelung sowie im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte. Es werden auch Projekte in Österreich zu Genitalverstümmelung durchgeführt.
- Österreichweit finden spezifische Beratungen für Frauen und Männer mit Migrationshintergrund statt, in denen unter anderem Themen wie Gleichberechtigung von Frauen und Männern, freie PartnerInnenwahl, Gewaltfreiheit sowie Vereinbarkeit von Beruf und Familie behandelt werden.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle die beschriebenen Maßnahmen zur Kenntnis nehmen und alle Bundesministerinnen und Bundesminister beauftragen, weiter an der Verbesserung der Gewaltprävention und des Schutzes für Frauen und Mädchen vor Gewalt beizutragen.

21. November 2019